



**Bund Evangelisch-Freikirchlicher
Gemeinden in Deutschland K.d.ö.R.**
www.baptisten.de

„Bitte hört den Hilferuf der Christen in Syrien und im Libanon“

Aufruf des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (BEFG)

Als Präsidium und Bundesgeschäftsführung des BEFG haben wir uns in unserer Sitzung vom 17.-19. September 2014 in Weltersbach mit einem Hilferuf von Christen aus dem Nahen Osten beschäftigt.

Der „Höchste Rat der Evangelischen Kirchen in Syrien und im Libanon“, zu dem auch die Baptisten dieser Länder gehören, hatte sich mit einem dringenden Appell an alle Geschwisterkirchen weltweit gewandt. Führende Persönlichkeiten der im Rat vertretenen Kirchen berieten über die katastrophale Situation in ihren Ländern und dem Irak. Neben der humanitären Katastrophe für die Menschen der gesamten Region wiesen sie auch auf die Gefahr hin, dass jegliche christliche Präsenz im Nahen Osten ausgelöscht werde. Ebenso seien andere religiöse und ethnische Minderheiten auf das Äußerste bedroht.

Wir stellen uns hinter diesen Hilferuf. Wir sind entsetzt über die schrecklichen Gräueltaten in der Region. Wir unterstützen ausdrücklich die Erklärung der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) mit dem gleichen Anliegen. Gemeinsam mit den anderen Freikirchen bitten wir die politischen Verantwortungsträger in Deutschland und Europa, sich den Schrei der Verzweifelten zu Herzen zu nehmen.

Benötigt werden größere Kontingente für Flüchtlinge in Deutschland. Wir ermutigen die Gemeinden im BEFG, mit diesem Anliegen auch in ihren Kommunen vorstellig zu werden und kreativ und engagiert an Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten von Flüchtlingen in unserem Land mitzuwirken.

Auch die humanitäre Situation in den Flüchtlingslagern der Krisenregion muss durch eine Ausweitung der Hilfsmaßnahmen verbessert werden. Wir sind dankbar für die finanziellen Mittel, die uns Gemeinden und Einzelne zur Verfügung stellen, um die Hilfe unserer baptistischen Partnerorganisationen für Flüchtlinge in Syrien, Jordanien, im Libanon und im Irak zu unterstützen. Wir bewundern den Mut der Männer und Frauen, die sich Gefahren aussetzen, um lebenswichtige Hilfe zu leisten.

Als besondere Herausforderung empfinden wir die Frage, ob auch eine militärische Beteiligung Deutschlands erwogen werden sollte. Einerseits wissen wir uns dem Grundsatz verpflichtet, Frieden ohne Waffeneinsatz zu schaffen. Andererseits muss dem Morden Einhalt geboten werden. Ist es Zeit für ein militärisches Eingreifen zum Schutz der Zivilbevölkerung unter einem Mandat der Vereinten Nationen? Ist es an der Zeit, dem

tyrannischen System mit Gewalt entgegenzutreten, ähnlich wie es einst Dietrich Bonhoeffer zu Zeiten des Nationalsozialismus gefordert hat?

Als Präsidium und Bundesgeschäftsführung sprechen wir uns darüber hinaus gegen jede Verallgemeinerung in der Beurteilung von Menschen muslimischen Glaubens aus. Die berechtigte Kritik am mörderischen Vorgehen der Truppen der Terrororganisation „Islamischer Staat“ darf nicht als Rechtfertigung für allgemeine muslimfeindliche Äußerungen missbraucht werden. Wir fordern die Gemeinden in unserem Bund auf, gerade in dieser angespannten Situation gute nachbarschaftliche Kontakte zu Muslimen, ihren Verbänden und Moscheen zu suchen.

Ebenso wie gegen muslimfeindliche Äußerungen sprechen wir uns entschieden gegen antisemitische Äußerungen aus, die es in letzter Zeit in Deutschland verstärkt gab. Allgemeine Religionsfreiheit, wie wir sie als Freikirchen fordern, bedeutet auch, Minderheiten zu schützen und mit friedlichen Mitteln für ihre Rechte einzutreten. Der jüdischen Gemeinschaft waren, sind und bleiben wir in besonderer Weise verbunden – unser Einsatz für Religionsfreiheit gilt allen Menschen.

Wir fordern unsere Gemeinden auf: Bitte hört den Hilferuf der Christen in Syrien und im Libanon. Betet für die bedrängten Menschen und ihre Feinde sowie für alle politischen Verantwortungsträger.

Weltersbach, 19. September 2014

Das Präsidium und die Bundesgeschäftsführung